

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2017 / Ausgabe 140 - 01. Dezember 2017



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

Koalitionsbildung. Den mühevollen Weg der Suche nach einer Mehrheit im Parlament beobachten Sie gewiss in den Medien. Ein Bündnis mit den Grünen konnte ich mir von Anfang an nur sehr schwer vorstellen. Zu weit lagen die Vorstellungen in den Kernfragen der politischen Gegenwart von Migration und innerer Sicherheit, über Energie und Verkehr, Währungspolitik und Freihandel, bis hin zu Außen- und Verteidigungspolitik auseinander.

Eine große Koalition darf nicht den Preis weiterer unbezahlbarer Leistungsversprechen in der Sozial- und Europapolitik kosten. Das können wir unmöglich zulassen.

Glyphosat. In der Sache liegt Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vollkommen richtig – was übrigens auch die Bundeskanzlerin unumwunden zugibt. Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist in Deutschland bereits seit 40 Jahren zugelassen. Bei sachgerechter Anwendung sind keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier zu erwarten.

Macron. Spätestens nach Macrons an der Pariser Sorbonne gehaltenen Rede zur Zukunft der EU ist der französische Präsident auch in den deutschen Medien in aller Munde. Vom Deutschen Bundestag wurden die französischen Vorschläge noch gar nicht diskutiert. Aber Macron wird immer wieder – und auch immer öfter – als Kronzeuge der politischen Linken in Anspruch genommen. Zuletzt hat sogar der griechische Ministerpräsident Tsipras verlautbart: „Macron und ich haben dieselbe Vision.“ Das sollte uns als Warnung genügen!

IN DIESER AUSGABE

Koalitionsbildung

Glyphosat

Macron

Genderirrsinn

*Landratswahl im Landkreis
Limburg-Weilburg 2018*

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Die CDU hat bei der Bundestagswahl schwere Verluste erlitten. Immerhin ist sie weiterhin stärkste Kraft im Bund. Auch ich konnte meinen Wahlkreis mit großem Abstand gewinnen und werde das Direktmandat im Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg weiter mit großem Einsatz wahrnehmen. Ich danke den Wählerinnen und Wählern für das ausgesprochene Vertrauen. Allen Unterstützern, die an Haustüren und Bahnhöfen dabei waren, die mit Sach- oder Geldspenden den Wahlkampf ermöglicht haben, die Plakate aufgehängt, Flugblätter verteilt oder Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt haben, sei auch hier nochmals von ganzem Herzen gedankt!

Bei aller Freude über den Auftrag zur Regierungsbildung können wir die Augen vor den Verlusten, die die CDU hinnehmen musste, nicht verschließen. Das Zweitstimmenergebnis gemeinsam mit der CSU liegt bundesweit mit 32,9 Prozent fast 9 Prozentpunkte unter dem Wert von 2013. Das ist enttäuschend. Darüber tröstet auch das schwache Ergebnis der Sozialdemokraten nicht hinweg. Es gilt nun, die Gründe für diese Verluste konsequent aufzuarbeiten und die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Den mühevollen Weg der Suche nach einer Mehrheit im Parlament beobachten Sie gewiss in den Medien. Ein Bündnis mit den Grünen auf Bundesebene konnte ich mir von Anfang an nur sehr schwer vorstellen. Zu weit lagen die Vorstellungen in den Kernfragen der politischen Gegenwart von Migration und innerer Sicherheit, über Energie und Verkehr, Währungspolitik und Freihandel, bis hin zu Außen- und Verteidigungspolitik auseinander. Darüber hilft kein bloßes Abrücken von abstrusen Maximalforderungen hinweg.

Die berüchtigten 237 [Eckigen Klammern] des Sondierungspapiers enthielten nicht nur ungeeignetes grammatisches Klein-Klein, sondern arbeiteten die diametral entgegengesetzten

ideologischen und programmatischen Unterschiede zwischen den vier Parteien deutlich heraus. Darunter fielen unter anderem Kohleausstieg, EEG-Umlage, Ehegattensplitting, Vorratsdatenspeicherung, Obergrenze, Familiennachzug, sichere Herkunftsstaaten, Diebstahlverbote, Mietpreisbremse, Landwirtschaft, Schuldenvergemeinschaftung und Rüstungspolitik. Positiv darf und muss man dabei allerdings festhalten, dass sich das polemische Gerede vom „Einheitsbrei der etablierten Parteien“ nunmehr wohl erübrigt hat.

Unklar ist mir nichtsdestoweniger, wie wir als Union mit einer linksdriftenden Koalition verloren gegangene, weil enttäuschte Stammwähler wieder hätten zurückgewinnen wollen. Zwar steht die Wahlanalyse des Adenauerhauses nach wie vor aus. Klar ist aber doch, dass wir auf die Schärfung unseres bürgerlich-konservativen Profils statt auf Salonfähigkeit bei den Linken setzen müssen.

Apropos: Was macht eigentlich die SPD? Die konnte sich am Wahlabend gar nicht schnell genug aus der Verantwortung in die Opposition verabschieden. Ihr Wahlkampfversprechen „Gerechtigkeit“ kann also scheinbar auch noch ein paar Jahre warten. Die vergangenen zwei Monate hat sie stattdessen vor allem mit Personalschach verbracht. Irgendwo zwischen „Opposition ist Mist“, „Partei vor Staat“ und „auf-die-Fresse-Nahles“ kann man das aus Sicht der Genossen strategisch gesehen auch erst einmal nachvollziehen.

Strategisch falsch war es allerdings vom gescheiterten Kandidaten Schulz, am Morgen nach Ende der Jamaika-Sondierungen vorschnell den Ball ins Aus zu spielen. Da hatte die SPD nicht nur PR-taktisch die staatstragende Rettung der Republik auf dem Fuß, sondern auch parteiintern die Gelegenheit aus den Worten „Volkspartei“, „Verantwortung“ und „Neubewertung der Situation“ einen geraden Satz zu bauen.

Das hätte für eine gewisse Erleichterung gesorgt, vor allem in den Reihen der Genossen. Denn im Falle von Neuwahlen könnte es für sie auch gut und gerne nochmal ein paar Prozentpunkte nach unten gehen. Und mit welchem Spitzenkandidat überhaupt? Oder einer Kandidatin?

Seither rumort es in der SPD. Das hat auch Martin Schulz zu spüren bekommen. Jetzt muss der arme Mann – nach wie vor persönlich gekränkt vom Wahlausgang und überzeugt davon, dass er am ehesten in der Opposition als Parteivorsitzender überwintern kann – zwischen Willy-Brandt-Haus und Schloss Bellevue erklären, dass man auf seine abermalige taufrische Groko-Absage noch nicht allzu viel geben sollte.

Wie auch immer: Eine große Koalition darf nicht den Preis weiterer unbezahlbarer Leistungsversprechen in der Sozial- und Europapolitik kosten. Das können wir unmöglich zulassen. Wenn sich SPD und Union außerdem wieder stärker ihren politischen Wurzeln bewusst werden wollen, nehmen die lähmenden Fliehkräfte innerhalb einer großen Koalition zu. Davon profitieren die politischen Ränder.

Was dann bleibt, ist eine Minderheitsregierung mit der FDP, für die ich angesichts von 46 Prozent der Sitze keine schlechte Perspektive sehe. Das hätte auch einige positive Nebeneffekte: Eine Minderheitsregierung würde das Parlament gegenüber der Regierung aufwerten und den Kampf um Mehrheiten wiederbeleben. Dazu wären echte Überzeugungsarbeit und gute Konzepte gefragt. Nach Jahren der übermächtigen großen Koalition täte das der parlamentarischen Demokratie insgesamt sehr gut. Auch das würde bedeuten, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Am Freitagmorgen morgen konnte ich im Gespräch mit Dirk Müller im Deutschlandfunk einige meiner Gedanken darstellen. Hier der Link: goo.gl/ua1P1x

GLYPHOSAT

Dass Bundeskanzleramtschef Peter Altmaier Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vor der Abstimmung im Berufungsausschuss über die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat als Pflanzenschutzmittel an die Geschäftsordnung der Bundesregierung erinnerte, ist ein bemerkenswerter Vorgang. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass sich Deutschland bei Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern auf europäischer Ebene enthält. Offenbar scheut unsere Führungsriege jeden Konflikt mit den Sozialdemokraten. Da SPD-Chef Schulz bereits am Wahlabend erklärt hatte, die große Koalition sei beendet, hätte man auch den Standpunkt vertreten können, dass die Geschäftsordnung damit auch hinfällig ist.

In der Sache liegt Christian Schmidt vollkommen richtig – was übrigens auch die Bundeskanzlerin unumwunden zugibt. Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist in Deutschland seit 40 Jahren zugelassen. Da die Genehmigung für den Einsatz als Wirkstoff in Pflanzenschutzmitteln im Dezember 2015 auslief, erfolgte auf Antrag von Herstellern eine erneute Überprüfung durch die EU-Kommission.

Im Jahr 2015 stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Unterorganisation der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend“ ein. Der gleichen Kategorie werden übrigens auch rotes Fleisch, Rohöl und Acrylamid, das in Chips, Pommes Frites und Lebkuchen enthalten ist, zugeordnet. Alkohol und Sonnenlicht finden sich sogar in der höchsten Risikokategorie „krebserregend für den Menschen“. Die IARC verfolgt jedoch einen gefahrenbezogenen Ansatz, d.h., Stoffe werden nach ihrem theoretischen Gefährdungspotenzial eingestuft. Über das reale Risiko, das mit der Anwendung der Stoffe verbunden ist, wird keine Aussage getroffen. Auch nicht die zu der Frage, ab welcher Inten-



sität die Exposition eine gesundheitliche Gefährdung darstellt. Die Kategorisierung des IARC sind folglich wissenschaftlich höchst umstritten – auch innerhalb der WHO.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) als deutsche Zulassungsbehörde und die Bewertungsbehörden – neben dem BVL das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Julius-Kühn-Institut (JKI), das Umweltbundesamt (UBA) – kommen zu einem anderen Schluss: Bei sachgerechter Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln sind keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier zu erwarten. In diese Bewertung flossen neben den Erkenntnissen des IARC rund 1000 Studien und Veröffentlichungen ein. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) schließt sich dieser Einschätzung an.

Zur selben Schlussfolgerung kommt auch eine Vielzahl anderer Institutionen, zum Beispiel die Europäische Chemikalien Agentur (ECHA), das Joint Meeting on Pesticide Residues (JMPR) der WHO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) aber auch die Zulassungsbehörden in den Mitgliedstaaten der EU sowie den USA, Kanada, Japan und Australien. Nach derzeitigem Forschungsstand ist ein Verbot von Glyphosat also nicht notwendig.

Auch ohne die Zustimmung des Bundeslandwirtschaftsministeriums wäre die Genehmigung für den weiteren Einsatz von Glyphosat als Pflanzenschutzmittel erfolgt. Doch so konnten von deutscher Seite aus Bedingungen miteingebracht werden – zum Beispiel hinsichtlich der Biodiversität – die andernfalls völlig außer Acht gelassen worden wären. Da frage ich mich, warum sich die geschäftsführende Bundesumweltminister Hendricks querstellt. Erklärte sie doch noch im April 2016, dass „wenn die Europäische Union entsprechend Rücksicht nimmt auf die Artenvielfalt, dann kann die Bundesregierung der Verlängerung auch zustimmen, aus meiner

Sicht.“ Zwar zog sie dieses Bekenntnis nur einen Monat später mit dem Verweis auf das mögliche Krebsrisiko zurück, bekräftigte im März dieses Jahres jedoch noch einmal, wie wichtig ihr die Biodiversität sei. Letztlich zeigt die sozialdemokratische Bundesumweltministerin einmal mehr, wie wenig ihr an einer konstruktiven Lösung gelegen ist. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Einsatz von Glyphosat als Pflanzenschutzmittel ist nur ein weiteres Beispiel dafür, dass ihr jedes Mittel Recht ist, unseren Landwirten Steine in den Weg zu legen. Ich erinnere nur an die unsäglichen „Bauernregeln“.

MACRON

Zeig mir deine Freunde, und ich sag dir wer du bist. Das gilt auch für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron – und für dessen politische Freunde in Deutschland. Spätestens nach seiner an der Pariser Sorbonne gehaltenen Rede zur Zukunft der Europäischen Union ist Macron auch in den deutschen Medien in aller Munde. Ich habe mich mit Macrons Rede bereits vor ein paar Wochen in einem Beitrag bei Tichys Einblick kritisch auseinandergesetzt, den Sie hier lesen können: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/macrons-eu-visionen-wo-bleibt-die-deutsche-stimme/>

Vom Deutschen Bundestag wurden die französischen Vorschläge noch gar nicht diskutiert. Aber Macron wird immer wieder – und auch immer öfter – als Kronzeuge der politischen Linken in Anspruch genommen. So sagte Carsten Schneider, immerhin der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion: „Der nächste Bundestag muss auf die Vorschläge von Emmanuel Macron, die progressiv nach vorne gehen, um Europa zu stärken, eine Antwort geben. Diese stärkere finanzielle Zusammenarbeit beinhaltet neben Transfers vor allen Dingen eine faire Steuerpolitik.“ Seit wann sind Transfers „pro-



gressiv“? Und haben wir Deutsche ein Interesse an solch einer Form progressiver Politik, einem Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene? Mit Sicherheit nicht!

Ähnlich wie die SPD sagte Sven-Christian Kindler, Sprecher der Arbeitsgruppe Haushalt für die Grünen: „Wir müssen jetzt die Chance nutzen, die ausgestreckte Hand von Emmanuel Macron zu ergreifen, Ja zu einer Weiterentwicklung der Euro-Zone und einer Wirtschafts- und Währungsunion zu sagen und klarzumachen, dass Europa für die Zukunft gut aufgestellt werden muss.“ Das Regelwerk von Europäischer Union und europäischer Währung ist nicht das Problem. Die Regeln müssen aber halt eingehalten werden.

Dass Emmanuel Macron ein knallharter Realpolitiker ist, der sich die Vertretung der Interessen seines Volkes auf die Fahnen geschrieben hat, zeigt ein anderer Aspekt. Ein Aspekt, der im ersten Moment wie liebliche Musik in linken Ohren klingen mag. So hat Macron vor Kurzem den Ausstieg aus der Kohleenergie bis zum Jahr 2021 verkündet. Dabei liegt der Anteil von Kohle an der Stromerzeugung in Frankreich lediglich zwischen drei und vier Prozent, während es bei uns in Deutschland 40 Prozent sind. Soweit so gut – oder schlecht. Jeder wie er will. Nicht unerwähnt bleiben sollte allerdings, dass Macrons Umweltminister Hulot gleichzeitig angekündigt hat, den Anteil der Kernenergie nicht wie geplant auf unter 50 Prozent zu reduzieren. Frankreich setzt unter Macron weiterhin voll auf Kernenergie, während wir uns nach dem Ausstieg aus dieser klimafreundlichen Energieerzeugung auch noch eine Diskussion um einen Kohleausstieg aufzwingen lassen. Gerade in der Energiepolitik stehen wir in Deutschland vor vielen hausgemachten Problemen.

Wir dürfen uns keinesfalls zusätzlich auch noch die Verantwortung für die haushaltspolitischen und ökonomischen Schwierigkeiten Frankreichs zuschieben lassen. Denn mit der

Solidarität unseres Nachbarn ist es auch auf anderen Bereichen nicht weit her. Während wir uns in Deutschland über eine jährliche Obergrenze von 200.000 streiten, hat Macron gerade einmal die französische Hilfsbereitschaft mit der Übernahme von 10.000 Flüchtlingen bis 2019 unter Beweis gestellt. Wenn Macron seine Hand ausstreckt, dann sollten wir sie ergreifen, aber aufpassen, dann nicht über den Tisch gezogen zu werden. Zuletzt hat sogar der griechische Ministerpräsident Tsipras verlautbart: „Macron und ich haben dieselbe Vision.“ Das sollte uns als Warnung genügen!

GENDERIRRSINN IN GOETHES NAMEN

Vor einigen Tagen wurde ich gebeten, an einer „Online-Umfrage zu Einstellungen von nationalen Parlamentarier*innen im Rahmen des Projekts EUEngage“ teilzunehmen. Die Befragung wird derzeit von der Goethe-Universität Frankfurt in Zusammenarbeit mit der Universität Siena in Italien durchgeführt. Die Wissenschaftler verschaffen sich jährlich einen Überblick über die Einstellungen von Mitgliedern aus zehn ausgewählten nationalen Parlamenten in Europa. An Umfragen dieser Art nehme ich immer gerne teil, diesmal beinahe nicht. Nur im Interesse der Sache habe ich mir die Zeit genommen.

Denn fast hätte ich aufgrund des durchgegenderten Anschreibens sofort die Löschtaste gedrückt, da ich mich mit „Parlamentarier*innen“ nicht angesprochen fühle. Dass ich von einer akademischen Einrichtung, die den Namen Goethes führt, eine derartige Sprachverhunzung vorgesetzt bekomme, empört mich nach wie vor! Ich habe das der Universität auch entsprechend mitgeteilt.

Ein „PS“ konnte ich mir nicht verkneifen: Bei den statistischen Angaben im Interview musste ich mich unter nur zwei Geschlech-



tern entscheiden! Hoffentlich gibt es für diesen Hinweis nicht auch noch Ärger mit dem Genderbeauftragten der Universität...

EIN NEUER LANDRAT FÜR DEN LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG

Der Landkreis Limburg-Weilburg wählt im Herbst nächsten Jahres einen neuen Landrat. Der amtierende Landrat Manfred Michel, mit dem ich seit Jahren sehr gut und vertrauensvoll zusammenarbeite, hat sich dazu entschieden, nicht mehr zu kandidieren. Das bedauere ich sehr. Als Kandidat für das Amt des Landrats haben sich Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der CDU Limburg-Weilburg in gemeinsamer Sitzung einmütig für Michael Köberle ausgesprochen. Die förmliche Aufstellung erfolgt auf dem Kreisparteitag am 20. Januar nächsten Jahres.

Durch seine langjährige kommunalpolitische Tätigkeit, aktuell als Stadtverordnetenvorsteher von Limburg und Kreistagsabgeordneter, bringt er die nötige kommunalpolitische Erfahrung für dieses Amt mit. Als Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks in verantwortlicher Position ist er bestens geeignet, die Kreisverwaltung zu leiten und Mitarbeiter zu führen. In meinen Augen ist Michael Köberle ein hervorragender Kandidat, dem ich schon jetzt meine volle Unterstützung zusage. Ich bitte Sie, es mir gleich zu tun.

Michael Köberle ist vor allem auch von seiner Persönlichkeit her bestens geeignet. Bodenhaftung muss man dem gelernten Handwerker, der sich dann zum Ingenieur weiterqualifizierte, nicht beibringen, er ist mit seiner Familie verwurzelt in seiner Heimat. Ich freue mich auf viele gemeinsame Begegnungen im kommenden Jahr, wobei

der Kirmes-Frühshoppen in seinem Heimatort Eschhofen sicher wieder ein Höhepunkt sein wird!

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>